



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der GRÜNEN: Bewohnerinnen und Bewohner von kommunalen Gemeinschaftsunterkünften vor der Corona-Pandemie schützen – dezentrale Unterbringung stärken

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25.03.2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist leicht nachvollziehbar, dass für Menschen in Gemeinschaftsunterkünften wie Geflüchtete und Wohnungslose aufgrund der Unterbringungssituation und der gemeinschaftlichen Nutzung zum Beispiel von Sanitarräumen ein hohes Infektionsrisiko besteht. Dies war auch in etlichen kommunalen Einrichtungen zu beobachten wie in der Notunterkunft für Geflüchtete in der Herkulesstraße in Köln oder der Notschlafstelle für Obdachlose in Düsseldorf.

Deshalb brauchen wir einerseits Schutzkonzepte für die Unterkünfte, aber vor allem Schutz durch Impfungen. Bewohner und Personal von Gemeinschaftsunterkünften sind in der Impfverordnung des Bundes in die Gruppe mit der zweithöchsten Priorität eingeordnet. Angesichts der mangelnden Verfügbarkeit der Impfstoffe waren aber Verzögerungen unvermeidlich. Derzeit wird vorrangig in Einrichtungen der Eingliederungshilfe geimpft. Und das ist auch ein sehr wichtiger Schritt zum Schutz der Menschen mit Beeinträchtigungen.

Mit der von Minister Laumann angekündigten Öffnung für die gesamte zweite Priorisierungsgruppe sollten jetzt aber auch die Impfungen in den Unterkünften in Angriff genommen werden. Nur so können wir die betroffenen Menschen effektiv schützen. Auch wenn es sich überwiegend um jüngere Menschen handelt, ist die Gefährdung durch Infektionsausbrüche unbestreitbar.

Aber bis zur Impfung erfordert der Schutz der Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften eine sorgfältige Einhaltung von Abstandsregeln und Hygienevorgaben sowie eine Entzerrung der Unterbringungssituation. Wir tragen besondere Verantwortung für diese Menschen.

So hat das MKFFI für die Landeseinrichtungen ein Rahmenkonzept und entsprechende Schutzmaßnahmen entwickelt. Landeseinrichtungen sollen zu maximal 65 Prozent ihrer Gesamtkapazität belegt werden. Aktuell liegt die durchschnittliche Belegungsquote sogar nur bei 29 Prozent.

Neuankömmlinge werden bei der Aufnahme untersucht. Alle Bewohnerinnen und Bewohner werden über die Hygienemaßnahmen informiert und geschult. Die Zugänge zu gemeinschaftlich genutzten Räumlichkeiten werden beschränkt oder so gesteuert, dass ausreichend Abstand gewahrt werden kann. Externe Besuche in den Einrichtungen wurden untersagt. In den Einrichtungen sind Quarantäne- und Isolierbereiche für Infizierte, Verdachtsfälle und enge Kontaktpersonen eingerichtet worden. Personen, die einer Risikogruppe angehören, sollen gesondert untergebracht werden.

Mit diesen Maßnahmen ist es gelungen, größere Infektionsausbrüche in den letzten Monaten zu verhindern. Dazu brauchen wir keine weitergehenden Forderungen einer dezentralen Unterbringung wie in dem vorliegenden Antrag. Vielmehr wäre es sinnvoll, wenn sich kommunale Unterbringungseinrichtungen ebenso an dem Konzept für die Landeseinrichtungen orientieren würden.

Der Antrag ist aber gerade deshalb fragwürdig, weil er organisatorische und finanzielle Unterstützung des Landes für die Kommunen fordert. In der Konsequenz soll also das Land erhöhte Aufwendungen für eine Umsetzung von Schutzmaßnahmen im originären Verantwortungsbereich der Kommunen finanzieren.

Dies ist aus der Oppositions-Sicht der Grünen einfach zu fordern. Dabei vergessen Sie aber, dass das Land die Kommunen bereits mit vielfältigen Instrumenten unterstützt. Ich nenne hier nur GFG, Gewerbesteuer-Kompensation, die bilanzielle Isolierung von Corona-bedingten Schäden und den FlüAG-Kompromiss. Immer noch mehr Geld für die Kommunen zu fordern mag zwar Ihre Strategie zu sein, es bringt uns aber nicht weiter.

Wir wollen die betroffenen Menschen schützen, mit konkreten Konzepten und vor allem mit Impfungen.

Vielen Dank!